

Fragen

für die Fragestunde der 203. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Januar 2021

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	69, 70	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 53
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17	Klein, Karsten (FDP)	40
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 63	Konrad, Carina (FDP)	24, 25
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 55
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	75, 76	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	6, 7
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Luksic, Oliver (FDP)	44, 45
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	4, 5	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	72
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49	Özdemir, Mahmut (Duisburg) (SPD)	13
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	73	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Herbst, Torsten (FDP)	41, 56	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	3, 20
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	14, 15	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 64
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	32, 33	Renner, Martina (DIE LINKE.)	61, 62
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	65, 74	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67
Jung, Christian, Dr. (FDP)	52	Schäffler, Frank (FDP)	27
Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 71
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	9, 68	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	28, 29
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	46, 47
Skudelny, Judith (FDP)	21		
Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	17
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	18
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.....	20

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie schätzt die Bundesregierung das Risiko einer Überlastung der deutschen Stromnetze ein, wenn in Deutschland eine Million Elektrofahrzeuge zugelassen sind, was nach Aussage der Bundeskanzlerin schon in dem kommenden Jahr 2022 der Fall sein soll (www.bundesregierung.de/breg-de/themen/saubere-luft/elektromobilitaet-weiter-vorantreiben-1530062) (die Antwort bitte begründen)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Ab welchem Zeitpunkt (Jahr) ist nach Einschätzung der Bundesregierung sichergestellt, dass der gesamte Primär- und Sekundärenergiebedarf Deutschlands vollständig mittels in Deutschland erzeugter Solar- und Windenergie gedeckt ist, und welchen Bedarf an Primär- und Sekundärenergie prognostiziert die Bundesregierung für diesen Zeitpunkt (die Antwort bitte begründen)?
3. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Wie hat die Bundesregierung vor, den Plänen des Bundesministers für Wirtschaft und Energie folgend, den Deutschen Industrie- und Handelskammertag in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Pflichtmitgliedschaft aller Industrie- und Handelskammern umwandeln zu wollen (siehe dazu Süddeutsche Zeitung vom 15. Dezember 2020, <https://sueddeutsche.de/wirtschaft/dihk-altmaier-industrie-undhandelskammern-1.5148834>, zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2020), konkret sicherzustellen, dass sich diese mit allgemein-politischen Äußerungen zukünftig zurückhält, und wird die Gefahr gesehen, dass der rein wirtschaftsbezogene Auftrag noch weiter überdehnt wird, wie Stellungnahmen aus dem Bundeswirtschaftsministerium meiner Meinung nach befürchten lassen („Äußerungen zum Klimaschutz, zu Menschenrechten oder zum Brexit, die durch das bisherige Gesetz nicht gedeckt waren, wären damit künftig möglich“, vgl. a. a. O.)?
4. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD) Wie viele Vermögenswerte und Geldbeträge wurden nach Kenntnis der Bundesregierung aufgrund von EU-Sanktionen gegen Russland seit 2014 eingefroren (bitte nach Deutschland bzw. anderen EU-Ländern mit Stand für die Jahre 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020 auflisten)?
5. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD) Zu welchem Prozentsatz konnten die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen zur Bewältigung der Corona-Krise bislang abgerufen werden (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

6. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Betrachtet die Bundesregierung die Gesellschaft Agora Energiewende Smart Energy for Europe Platform (SEFEP) gGmbH als Lobbyorganisation, und wie bewertet sie die Tätigkeit von zwei Staatssekretären und dem Präsidenten der Bundesnetzagentur für diese Gesellschaft (www.agora-energiewende.de/ueber-uns/rat-der-agora/)?
7. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Mehrkosten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bisher bei der Erteilung von Aufträgen durch die Maßgaben der „Verbindlichen Handlungsleitlinien für die Bundesverwaltung für die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Beschleunigung intensiver Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie“ verursacht (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/H/handlungsleitlinien-vergr-corona.html)?
8. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wurden nach Kenntnis der Bundesregierung laut Homepage der Forschungsinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“ als Teil des 6. Energieforschungsprogramms der Bundesregierung (<https://forschung-stromnetze.info/projektsuche/>) bisher erst drei Projekte abgeschlossen, während der Großteil der weiteren Projekte trotz seit Jahren abgelaufener Projektlaufzeit den Status „begonnen“ hat, und warum werden nach Kenntnis der Bundesregierung die Forschungsergebnisse der Forschungsinitiative nicht auf der zentralen Homepage für die Öffentlichkeit bereitgestellt?
9. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Inwiefern wird die Bundesregierung über die grenzüberschreitenden Transportinfrastrukturen für Wasserstoff, die Deutschland und Frankreich im Rahmen des „Important Project of Common European Interest“ (IPCEI) mit dem Ziel eines integrierten Marktes zur Wasserstoffproduktion schaffen wollen (siehe Entwurf des Deutschen Aufbau- und Resilienzplans, S. 14: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_E/2020-12-16-deutscher-aufbau-und-resilienzplan/1-Regierungsentwurf.pdf?__blob=publicationFile&v=2), auch den Import von aus Atomkraft gewonnenen Wasserstoff nach Deutschland zulassen, und wird die Bundesregierung die Förderung von Wasserstoffnutzung durch deutsche Unternehmen, beispielsweise durch Betriebs- und Investitionskostenzuschüsse im Rahmen von Carbon Contracts for Difference (www.bmwi-energiewende.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2020/12/Meldung/direkt-erklaert.html), an die Bedingungen knüpfen, keinen aus Atomkraft gewonnenen Wasserstoff zu nutzen?

10. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Zeitplan für eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zur Anhebung der Ausbautzahlen für erneuerbare Energien, und wann wird das Bundeswirtschaftsministerium einen Entwurf vorlegen?
11. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist dem Bundeswirtschaftsministerium eine Analyse unter anderem der Beratungsfirma TAKON GmbH (ftp.zew.de/pub/zew-docs/ZEWKurzexperten/ZEW_Kurzexpertise1906.pdf) bekannt, der zufolge das im EEG 2021 neu beschlossene Ausschreibungssystem bei der Windenergie zu einer Abwärtsspirale mit immer weiter sinkenden Ausschreibungsmengen führen kann, und wie wird der Ausbau der Windenergie sichergestellt, wenn nun ein Automatismus für sinkende Ausschreibungsmengen in das EEG eingebaut ist?
12. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Handelt es sich nach Ansicht der Bundesregierung beim Erdgaspipeline-Projekt Nord Stream 2 weiterhin um ein rein „unternehmerisches Vorhaben“ (siehe Bundestagsdrucksache 18/13201) sowie ein „kommerzielles Projekt der beteiligten Unternehmen“ (siehe Bundestagsdrucksache 19/1987) vor dem Hintergrund der Gründung einer „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ durch die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und der beschriebenen Stiftungstätigkeiten, wo es heißt „[ü]ber einen eigenen Geschäftsbetrieb kann die Stiftung einen Beitrag zur Fertigstellung zur Ostseepipeline Nord Stream 2 leisten“ (siehe www.regierung-mv.de/aktuell/?id=166889&processor=processor.sa.pressemitteilung), und welche Gespräche gab es diesbezüglich zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (bitte die fünf aktuellsten Gespräche unter Auflistung der Teilnehmer, des Gesprächsthemas und des Datums angeben)?
13. Abgeordneter
Mahmut Özdemir
(Duisburg)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Ansicht betreffend der Gefahr, dass die deutschen Stahlkonzerne jetzt mit vielen Millionen Euro bei der Erforschung und Durchführung von Wasserstoffprojekten gefördert und ertüchtigt werden (BMW i (2020): Handlungskonzept Stahl, S. 6 (www.bmw i.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/handlungskonzept-stahl.pdf?__blob=publicationFile&v=12)), diese aber mitten im Prozess durch die vielfach bekannten Herausforderungen in die wirtschaftliche Ausweglosigkeit, vielleicht sogar Insolvenz, gehen müssen, und falls ja, inwiefern gedenkt die Bundesregierung, dem entgegenzuwirken?

14. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wie viele Anträge auf die sogenannte November- und Dezemberhilfe wurden gestellt, und wie viele (Teil-)Auszahlungen sind bisher getätigt worden?
15. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung nach dem runden Tisch zur Stärkung der Innenstädte im Oktober 2020 unternommen, und welche Rolle spielt dabei die zuletzt diskutierte „Paketsteuer“ aus Sicht der Bundesregierung (www.wn.de/Welt/Wirtschaft/4340437-Online-Boom-Altmaier-Hilfsprogramm-zur-Modernisierung-der-Innenstaedte)?
16. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang standen Corona-Hilfen des Bundes nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2020 für Firmen mit bis zu zehn Mitarbeitern und Soloselbstständigen in Niedersachsen zur Verfügung, und welche Summen wurden im Jahr 2020 tatsächlich an entsprechende Firmen und Soloselbstständige in Niedersachsen ausgezahlt?
17. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, dass Brauereigaststätten, die Unternehmen im Sinne des § 1 Absatz 1 des Gaststättengesetzes sind und durch den Lockdown den gleichen Umsatzrückgang wie andere Gaststätten haben, von den November- und Dezemberhilfen ausgeschlossen wurden, trotz der Tatsache, dass andere Gaststätten eine pauschale Umsatzerstattung von 75 Prozent erhalten haben (www.br.de/nachrichten/bayern/existenznot-brauereigasthoefe-gehen-bei-novemberhilfen-leer-aus,SJJ5vsH)?
18. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte hat die Volksrepublik China nach Kenntnis der Bundesregierung im Zuge der Einigung über das Comprehensive Agreement on Investment (CAI) zur Ratifizierung der zwei Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation gegen Zwangsarbeit, die Konventionen 29 und 105, zugesichert, und hält die Bundesregierung die Zusagen Chinas für ausreichend, um eine Ratifizierung dieser Konventionen bis zum Inkrafttreten des Abkommens zu gewährleisten?
19. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung die Konditionen der Überbrückungshilfe III verbessern, etwa, indem die erstattungsfähigen Betriebskosten erweitert werden und die Personalkostenquote bei den erstattungsfähigen Betriebskosten erhöht wird, und wenn nein, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

20. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf, über den aus meiner Sicht zu begrüßenden Vorstoß der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, (ggf. politisch beeinflusste) Weisungen der Justizminister in konkreten Verfahren für den Bereich der europäischen Rechtshilfe gesetzlich ausschließen zu wollen, um die vom Europäischen Gerichtshof gerügte mangelnde Unabhängigkeit deutscher Justizbehörden zurechtzurücken (vgl. LTO.de vom 3. Dezember 2020, <https://lto.de/recht/justiz/j/unabhaengigkeit-staatsanwaltschaft-europaeischer-haftbefehl-einschraenkung-weisungsrecht-justizministerium/> sowie beck-aktuell vom 7. Dezember 2020, <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/richterbund-fordert-umfassende-reform-des-weisungsrechts>, jeweils zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2020), insofern hinauszugehen, als dass zukünftig auch das Weisungsrecht der Justizminister im Einzelfall in den übrigen Aufgabebereichen der Staatsanwaltschaft und damit die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme insgesamt eingedämmt werden?
21. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass sich das Bundesjustizministerium bei der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, die jetzt laut der Bundesjustizministerin Christine Lambrecht auch über den 31. Januar 2021 hinaus verlängert werden soll (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verspaetete-corona-hilfen-justizministerin-lambrecht-will-laengeren-insolvenzschutz-fuer-unternehmen/26777104.html?ticket=ST-27342831-uu0NSEatH5DTFWx13CSe-ap5), gesetzgeberisch zum Spielball des Bundeswirtschaftsministeriums macht, welches nicht in der Lage ist, die Auszahlung der seit dem 1. November 2020 vorgesehenen Corona-Hilfen zeitnah abzuwickeln – vor allem aufgrund nicht zur Verfügung stehender Antragstellungssoftware für die Überbrückungshilfen III (www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de/UBH/Redaktion/DE/Textsammlungen/ueberbrueckungshilfe-III.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

22. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wurden durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft erneute Zuschüsse aus dem Zweckvermögen der Landwirtschaftlichen Rentenbank in Höhe von 1,5 Mio. Euro an die Naturwertstoffanlage (NDM) in Nordvelen zugesagt (vgl. Berichterstattung im Landwirtschaftlichen Wochenblatt Nr. 52/53 vom 23. Dezember 2020, S. 17), nachdem vielen Informierten (wie mir im persönlichen Gespräch aus sicheren Quellen berichtet wurde) die Unwirtschaftlichkeit der Anlage bereits bekannt war und die Bundesministerin im Februar 2020 noch erklärte (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen 108 und 109 auf Bundestagsdrucksache 19/17630), das Förderprojekt wäre abgeschlossen, und wann wurde dieser erneute Förderbedarf gegenüber der Bundesministerin in schriftlicher und/oder mündlicher Form geäußert?
23. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sind die konkreten Entscheidungsläufe zwischen dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank bezüglich der Verwendung der Gelder aus dem Zweckvermögen, und in welcher Art unterliegen diese Entscheidungsläufe einem demokratisch nachvollziehbaren und transparenten Prozess?
24. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Forderung der Landwirte nach einer Herkunftskennzeichnung auf Lebensmitteln (www.tpagrar.com/suedplus/news/landwirte-fordern-transparente-herkunftskennzeichnung-12386113.html)?
25. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung den „Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung nationaler Regelungen an die Durchführungsverordnung (EU) 2019/947 der Kommission vom 24. Mai 2019 über die Vorschriften und Verfahren für den Betrieb unbemannter Luftfahrzeuge“ mit Blick auf den Einsatz von Drohnen in der Landwirtschaft zur Ausbringung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

26. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es inzwischen weitere von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Franziska Giffey in Auftrag gegebene Studien (als die von ihr Mitte Oktober 2020 erwähnte Studie) zur Frage, ob in Bezug auf die Corona-Pandemie Kinder und Jugendliche in Schulen Infektionsherde und damit Infektionstreiber sind (siehe <https://taz.de/Rolle-von-Schulen-bei-Coronaverbreitung/!5742195/?s=09>), und falls ja, wann ist mit der Veröffentlichung der Ergebnisse zu rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

27. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Was unternimmt die Bundesregierung bzw. das Robert Koch-Institut, um die Verbreitung der neuen britischen Variante B.1.1.7 des Coronavirus in Deutschland nachzuweisen und zu verfolgen?
28. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Beschluss der Telefonkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 13. Dezember 2020, nach dem für Eltern zusätzliche Möglichkeiten geschaffen werden sollten, für die Betreuung der Kinder bezahlten Urlaub zu nehmen, nicht umgesetzt worden, und aus welchen Gründen ist in der Videoschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 5. Januar 2021 kein Beschluss gefasst worden, der zusätzlichen bezahlten Urlaub für Eltern vorsieht (vgl. www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1827366/69441fb68435a7199b3d3a89bff20e6/2020-12-13-beschluss-mpk-data.pdf?download=1)?
29. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Bis wann wird der Beschluss zur Erhöhung sowie erweiterten Inanspruchnahme der Kinderkrankentage umgesetzt, und plant die Bundesregierung zusätzliche Maßnahmen zur Entlastung von Familien, die auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stärker in die Pflicht nehmen (vgl. www.bund.esregierung.de/resource/blob/997532/1834306/75346aa9bba1050fec8025b18a4bb1a3/2021-01-05-beschluss-mpk-data.pdf?download=1)?

30. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Haben Eltern auch dann Anspruch auf das zusätzliche Kinderkrankengeld, das bei der Videoschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 5. Januar 2021 beschlossen wurde, wenn die Schule pandemiebedingt geschlossen ist, für die Eltern jedoch die Möglichkeit besteht, im Homeoffice zu arbeiten, oder müssen Eltern Homeoffice und Homeschooling miteinander verbinden, und falls ja, wie passt das zu der Äußerung der Bundesfamilienministerin Franziska Giffey am Mittwoch, dem 6. Januar 2021 im Deutschlandfunk, Homeoffice und Homeschooling gingen nicht zusammen (vgl. www.deutschlandfunk.de/verlaengerung-des-lockdowns-familienministerin-massnahmen.694.de.html?dram:article_id=490327)?
31. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist nach Rechtsauffassung der Bundesregierung ein Online-Ident-Verfahren, wie es aktuell z. B. von der Techniker Krankenkasse genutzt wird (www.tk.de/techniker/leistungen-und-mitgliedschaft/online-services-versicherte/elektronische-patientenakte-tk-safe/registrierung-kuendigung-elektronische-patientenakte/registrierung-zur-gesundheit-sakte-2028820), als Authentifizierungsverfahren für die Einrichtung einer elektronischen Patientenakte (ePA) zulässig (bitte begründen), und welche Authentifizierungsverfahren zur Einrichtung einer ePA können die Krankenkassen derzeit als Alternative zur persönlichen Authentifizierung in den Geschäftsstellen der Krankenkassen anbieten?
32. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Intensivkapazitäten von Krankenhausstandorten in Deutschland seit Anfang August 2020 um mehr als 4.100 Betten und die Notfallreserve um mehr als 1.200 Betten abgenommen (laut DIVI-Intensivregister vom 4. August bis zum 22. Dezember 2020 von 30.952 auf 26.806 bzw. von 12.313 auf 11.097 [Notfallreserve], siehe www.intensivregister.de), und was hat die Bundesregierung seitdem unternommen, um diesem kontinuierlichen Trend entgegenzuwirken?
33. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Krankenhauskapazitäten gingen nach Kenntnis der Bundesregierung im Pandemie-Jahr 2020 in Deutschland durch die Schließung von Kliniken verloren (bitte Zahl der Kliniken, der Betten und der Arbeitsplätze angeben), und was hat die Bundesregierung unternommen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und damit die gesundheitliche Versorgung sicherzustellen?

34. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Produktion und Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen zu beschleunigen (bitte mit Nennung des Umfangs verfügbarer Impfdosen, der geplanten Aufstockung der Kosten sowie des Termins der zu erwartenden Verfügbarkeit), und inwiefern kann die Ankündigung des Bundesministers für Gesundheit Jens Spahn, allen Interessierten bereits im zweiten Quartal 2021 ein Impfangebot machen zu können (www.spiegel.de/politik/deutschland/jens-spahn-kuendigt-offenbar-impfangebot-fuer-alle-ab-dem-zweiten-quartal-a-n-a-5e0e9985-6c57-43e9-9022-76163fe19413), nach Ansicht der Bundesregierung nur eingehalten werden, wenn die zweite Impfdosis verzögert nach mehr als drei Wochen verabreicht wird?
35. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern lässt sich die Bundesregierung über gelieferte, aber nicht genutzte COVID-19-Impfstoffe berichten, die entsorgt werden mussten (bitte Gründe der Nichtnutzung nennen, z. B. fehlerhafte oder nicht wahrgenommene Termine, Unterbrechungen der Kühlkette, andere Probleme), und welche Konsequenzen zieht sie daraus für die Verteilung des Impfstoffs?
36. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung eine Strategie zur Verimpfung des nun zugelassenen Moderna-Impfstoffes vorbereitet, um die immobilen Patientinnen und Patienten im häuslichen Bereich zu impfen, und inwieweit sind hierbei bereits die Hausärztinnen und Hausärzte involviert?
37. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann und wie plant die Bundesregierung, Menschen mit Bedarf an außerklinischer Intensivpflege, wie beispielsweise Menschen mit Amyotropher Lateralsklerose (ALS), in ihrer Impfstrategie zu berücksichtigen?
38. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele zusätzliche und unbefristete Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente) für Ärztinnen und Ärzte, weiteres Fachpersonal sowie Verwaltungspersonal wurden nach Kenntnis der Bundesregierung vom 1. Februar bis zum 31. Dezember 2020 in den Behörden des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) besetzt, und wie viele Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente) wurden bisher in der neu eingerichteten ÖGD-Kontaktstelle des Robert Koch-Instituts besetzt?

39. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob finanzschwache EU-Länder aus finanziellen Erwägungen in Bezug auf die Einwohnerzahl verhältnismäßig wenig COVID-19-Impfstoffe bestellt haben, und hätte nach Erkenntnissen der Bundesregierung eine solidarische gesamteuropäische Finanzierung der Impfstoffe durch den EU-Haushalt zu größeren Bestellmengen, beispielsweise in Südeuropa, führen können?
40. Abgeordneter
Karsten Klein
(FDP)
- Wie viele Impfdosen wurden durch den Bund bisher an die einzelnen Bundesländer geliefert, und wann sollen die nächsten Lieferungen erfolgen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

41. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Ist die Aussage des Sprechers der Deutschen Bahn AG, Achim Stauß, „Es gibt nichts zu fordern im Moment“, nach Auffassung der Bundesregierung so zu verstehen, dass die Deutsche Bahn AG zum Ausgleich pandemiebedingter Mindereinnahmen nicht auf weitere Staatshilfen des Bundes angewiesen ist und daher von einer weiteren Notifizierung der angekündigten Eigenkapitalerhöhung des Bundes in Höhe von 5 Milliarden Euro bei der Europäischen Kommission absieht, und falls nein, welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem genannten Statement (www.finanznachrichten.de/nachrichte-n-2020-12/51606522-achim-stauss-digitale-gesellschaften-sind-auch-mobile-gesellschaften-bahn-erwartet-mehr-fahrgaeste-007.htm)?
42. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung die Vorstellung des Sonderprogramms „Elektrische Güterbahnen“, und wie viele Streckenkilometer hat die Bundesregierung für dieses Programm untersucht bzw. bewertet?
43. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Kilometer an Verkehrswegen des Bundes wurden im vergangenen Jahr neu gebaut, und wie viele Kilometer an Verkehrswegen wurden ausgebaut (bitte jeweils nach Straße und Schiene differenzieren)?

44. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Auswirkungen hat der aktuelle Lockdown im Zeitraum vom 10. Dezember 2020 bis zum 10. Januar 2021 auf die Auslastung der Züge der Deutschen Bahn AG im Personenverkehr sowie im Schienengüterverkehr im Saarland?
45. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie plant die Deutsche Bahn AG, Reisende auf die Einhaltung der 15-km-Regel hinzuweisen, und wie begründet sie ihre Weigerung, diese nicht kontrollieren zu wollen (www.watson.de/leben/exklusiv/937212597-15-kilometer-regel-deutsche-bahn-wird-radius-der-zugreisenden-nicht-ueberpruefen)?
46. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie vielen Personen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung 2020 (hilfsweise: 2019) bundesweit sowie in den einzelnen Bundesländern die Fahrerlaubnis entzogen, weil sie sich als ungeeignet oder nicht befähigt zum Führen von Kraftfahrzeugen erwiesen haben (bitte bundesweit zusätzlich nach körperlichen, geistigen und charakterlichen Mängeln sowie Überschreitung von 8 Punkten im Fahreignungsregister aufschlüsseln), und wie verteilten sich nach Kenntnis der Bundesregierung diese Personen bundesweit nach Altersgruppen (bitte maximal sieben Untergruppen bilden)?
47. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen haben nach Kenntnis der Bundesregierung 2020 (hilfsweise: 2019) bundesweit sowie in den einzelnen Bundesländern auf ihre Fahrerlaubnis freiwillig verzichtet, und wie verteilten sich nach Kenntnis der Bundesregierung diese Personen bundesweit nach Altersgruppen (bitte dieselben Untergruppen wie zu Frage 43 bilden)?
48. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wird die Bundesregierung bei der Umsetzung der europäischen Clean Vehicles Directive sicherstellen, dass die bestehenden und geplanten Förderprogramme des Bundes (z. B. neue E-Bus-Förderung des BMVI, Umweltbonus für Elektrofahrzeuge, Förderprogramm „Energieeffiziente und/oder CO₂-arme schwere Nutzfahrzeuge“, geplantes Lkw-Flottenaustauschprogramm) zur Einhaltung der Mindestziele „sauberer“ Fahrzeuge bei der Beschaffung/Auftragsvergabe genutzt werden können, und in welcher Höhe sollen diese Förderprogramme bis 2030 weitergeführt werden, damit sie für die gesamte Geltungsdauer der Clean Vehicles Directive zur Verfügung stehen?

49. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Neuzulassungen von Pkw gab es seit Juli 2020 monatlich nach Antriebsart (Verbrennungsmotor, vollelektrisches Fahrzeug, Plug-in-Hybrid-Fahrzeug), und wie viele Pkw aus den drei oben genannten Antriebsarten wurden im zweiten Halbjahr 2020 insgesamt aus den Kategorien SUV bzw. Geländewagen zugelassen?
50. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kommt es bei dem Verkehrsgutachten zum Pfaffensteiner Tunnel an der A 93 durch die Übernahme der Zuständigkeit durch die Autobahn GmbH des Bundes zu Änderungen beim Zeitplan, und wann rechnet die Bundesregierung konkret mit dem Vorliegen des Machbarkeitsgutachtens zur Sanierung des Pfaffensteiner Tunnels?
51. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche ermittelten Sacherwägungen zur Festlegung und Ergänzung der Sprachenauswahl liegen der in Nummer 1.3 der Anlage 7 der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) für die theoretische Fahrerlaubnisprüfung bisher aufgeführten zwölf Fremdsprachen zu Grunde, und aus welchen Gründen kann ergänzend die praktische Prüfung nicht durch vereidigte Dolmetscherinnen und Dolmetscher abgelegt werden?
52. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie viele Medizinisch-Psychologische Untersuchungen (MPU) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2020 insgesamt an deutsche und ausländische Lkw-Fahrerinnen und Lkw-Fahrer aufgrund von Trunkenheit am Steuer oder auf einem Rastplatz/Parkplatz verordnet, und welche Hindernisse bestehen bei einer potenziellen Vernetzung der einzelnen Führerscheinbehörden, um die Zusammenarbeit und Übermittlung von Informationen aus durchgeführten Kontrollen zu vereinfachen (bitte aufgesplittet in drei Kategorien nach MPU's für deutsche, osteuropäische und weitere ausländische Lkw-Fahrer angeben; <https://background.tagesspiegel.de/mobilitaet/rausch-auf-dem-rastplatz/>)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

53. Abgeordneter
**Sven-Christian
Kindler**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang wurden im Jahr 2020 im Rahmen des Programms „Richtlinie zur Förderung von innovativen marktreifen Klimaschutzprodukten im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (Kleinserien-Richtlinie)“ (Modul 5, Beschaffung von gewerblich genutzten E-Schwerlastfahrrädern) die bereitgestellten Fördermittel abgerufen/ausgezahlt, und wie viele E-Schwerlastfahrräder wurden hiermit im Jahr 2020 gefördert?
54. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches Ministerium ist innerhalb der Bundesregierung für die Analyse bzw. die Bewertung von Plänen und Programmen von Nachbarstaaten im Energiebereich zuständig (wie z. B. des Polnischen Energieplans für 2040 [PEP2040] oder des französischen Plans zur Laufzeitverlängerung seiner 32 ältesten Atomkraftwerke, vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 197 auf Bundestagsdrucksache 19/25435), und an wie vielen strategischen Umweltprüfungen im Sinne der EU-Richtlinie 2001/42/EG hat sich die Bundesregierung innerhalb der aktuellen Wahlperiode aktiv beteiligt (d. h., sie hat um Konsultationen nach Artikel 7 der Richtlinie gebeten und eine Stellungnahme abgegeben; bitte unter Angabe einer Zahl)?
55. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung nach ihren Kenntnissen bestätigen, dass Österreich, Luxemburg und Italien im Rahmen des Espoo-Protokolls bzw. der Richtlinie 2001/42/EG Frankreich zu seinem Plan, die Laufzeit seiner 32 ältesten Atomkraftwerke zu verlängern, förmlich um Notifizierung gebeten haben (www.corriere.it/buone-notizie/21_gennaio_07/nucleare-francia-anche-italiani-dic-ano-loro-a1076adc-5028-11eb-9028-76598b615ecf.shtml und www.endseurope.com/article/1703720/italy-demands-say-french-plans-future-nuclear-power), und wie begründet die Bundesregierung eine weniger große potenzielle Bedrohung Deutschlands durch die französischen Pläne im Vergleich zu den genannten drei Ländern (Deutschland hat nicht um Notifizierung gebeten, vgl. die Antwort auf meine Schriftliche Frage 197 auf Bundestagsdrucksache 19/25435)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

56. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Welcher Anteil der durch die Bundesregierung bereitgestellten 500 Millionen Euro zur Anschaffung von Dienstlaptops für Lehrer waren zum Stichtag 6. Januar 2021 bereits an die einzelnen Länder ausgezahlt worden, und wie viele Laptops wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bis heute angeschafft (bitte jeweils nach Bundesland aufschlüsseln) (www.sueddeutsche.de/bildung/schulen-laptops-fuer-lehrer-1.5121186)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

57. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schwerpunktthemen plant das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) innerhalb des interministeriellen Austauschs der Bundesregierung mit Blick auf den für 2021 geplanten Food Systems Summit der Vereinten Nationen (UNFSS, www.un.org/en/food-systems-summit) zu setzen, und welchen Finanzrahmen hat die Bundesregierung für diesen Prozess innerhalb Deutschlands vorgesehen (bitte nach geplanten Maßnahmen und finanziellem Umfang aufschlüsseln)?
58. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele aus BMZ-Mitteln finanzierte agrarökologische Vorhaben sind für 2021 geplant (bitte auflisten nach Projektziel, Land/Region, Förderumfang, Durchführungsorganisation, Projektpartner)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

59. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Steht mittlerweile fest, ob die Anregungen zur Schaffung eines Digitalministeriums von der Bundesregierung konkret aufgegriffen werden (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 19/15716), oder ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die am Anfang der 19. Wahlperiode auf exekutiver Seite geschaffenen Strukturen und Gremien ausreichend sind, um den digitalen Wandel angemessen politisch zu begleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

60. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die innerhalb der Bundesregierung seit nunmehr mehreren Jahren andauernde Prüfung der Frage, ob man die in der EU-Datenschutz-Grundverordnung vorgesehene Öffnungsklausel nutzen und ein Gesetz zum Beschäftigtendatenschutz vorlegen wird, mittlerweile abgeschlossen (vgl. exemplarisch die Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 39 auf Bundestagsdrucksache 19/4317 sowie auf meine Schriftliche Frage 30 auf Bundestagsdrucksache 19/15716), und hält die Bundesregierung es für realistisch, ein Gesetz noch in dieser Wahlperiode vorzulegen, wenn sie den Bericht der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) eingesetzten Beirats noch nicht bewertet hat (siehe aktuelle Vorhabensplanung des BMAS: „Beirat arbeitet, Bericht im 1. Quartal“)?
61. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Haben die Ermittlungsbehörden nach Kenntnis der Bundesregierung inzwischen Anhaltspunkte dafür gefunden, ob und inwieweit der Vater des rassistischen Mörders von Hanau dessen Handlungen unterstützt oder dessen Tatentschluss gefördert hat (www.spiegel.de/panorama/justiz/hanu-attentat-vater-fordert-tatwaffen-zurueck-a-f2223a81-26a2-45fb-b8b4-aa30651896d8)?

62. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Liegen den Behörden in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung Informationen oder Daten vor, die von oder bei dem neuseeländischen Rechtsterroristen Brenton Tarrant erhoben oder sichergestellt wurden und zur Auswertung oder im Rahmen von Ermittlungen (auch) an deutsche Behörden übermittelt wurden, und wenn ja, um welche Informationen oder Daten handelt es sich dabei?
63. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Treffen Presseberichte zu, dass der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer trotz aller Kritik und juristischer Bedenken weiterhin plant, eine einheitliche Identitätsnummer für jeden Bürger einzuführen (siehe dazu die tageszeitung, taz vom 4. Januar 2021: <https://taz.de/Regierung-plant-Identitaetsnummer/!5737871/>), und wie meint er, mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 umgehen zu können, das laut „taz“ genau eine solche einheitliche Personenkennziffer für „unzulässig“ erklärt hatte?
64. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung, wie beispielsweise vom Deutschen Anwaltsverein in der Stellungnahme 91/2020 vom 9. Dezember 2020 vorgeschlagen, eine vorübergehende Befreiung vom Erfordernis der Nachholung eines Visumverfahrens aufgrund der COVID-19-Pandemie für bereits im Bundesgebiet aufhältige Personen, insbesondere unter dem Aspekt, dass die Vermeidung von Reisen, die lediglich dem Zweck der Vorstellung in der deutschen Auslandsvertretung dienen, sowohl eine Erleichterung für bereits im Inland befindliche Antragsstellende als auch für die betroffenen Auslandsvertretungen darstellen würden, und plant sie, der Empfehlung zu folgen (bei Ablehnung bitte begründen)?

65. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche aktuellen Zahlen und Einschätzungen liegen der Bundesregierung zur Berechnung des im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten Zuwanderungskorridors für das Jahr 2020 vor (bitte differenzieren nach: Asylersanträgen – mit und ohne in Deutschland geborene Personen –, humanitäre Aufnahmen – Resettlement, Relocation usw. –, Familiennachzug zu Flüchtlingen – zu Personen mit Flüchtlingseigenschaft bzw. zu subsidiär Schutzberechtigten –, Abschiebungen, freiwillige Ausreisen und dem sich daraus ergebenden Saldo – derzeitiger Stand bzw. Schätzwert für das Gesamtjahr 2020), und inwieweit sieht die Bundesregierung angesichts der nach meiner Einschätzung weit unterhalb des vereinbarten Korridors zwischen 180.000 und 220.000 Personen bleibenden Zahlen Handlungsspielräume zur Aufnahme weiterer Geflüchteter, etwa in Bezug auf die unter extremer Not leidenden Schutzsuchenden in Bosnien-Herzegowina oder auf den ägäischen Inseln, auch angesichts der zahlreichen Aufnahmeangebote und Initiativen vieler Städte und Kommunen (vgl. z. B. Initiativen Seebrücke, Sichere Häfen)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

66. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung die Auffassung der Menschenrechtsorganisation Open Dialogue Foundation, wonach die INTERPOL-Listung („Red Notice“) des kasachischen Menschenrechtsaktivisten Barlyk Mendygazyev politisch motiviert und damit ein Verstoß gegen das Neutralitätsgebot gemäß Artikel 3 der INTERPOL-Statuten sei, und inwiefern setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass INTERPOL die Gründe für die Listung von Barlyk Mendygazyev einer kritischen Untersuchung unterzieht (<https://en.odfoundation.eu/a/33142,kazakhstan-kafkaesque-dictatorship-the-authorities-playing-rodeo-with-its-critics/>, www.interpol.int/Who-we-are/Legal-framework/Legal-documents/)?

67. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über welche Informationen verfügt die Bundesregierung im Fall der kasachischen Menschenrechtsaktivistin Dametken Aspandiyarova, die aufgrund einer vorgeblich extremistischen Tätigkeit angeklagt wurde, und welche Schritte hat die Bundesregierung bereits unternommen, um gegenüber der kasachischen Regierung die missbräuchliche Verwendung des „Extremismus-Paragraphen“ (Artikel 182 des kasachischen Strafgesetzbuches) gegen zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure anzusprechen, wie es bereits auch schon von UN-Sonderberichterstatterin Finonuala D. Ní Aoláin vorgebracht wurde (www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24620&LangID=Ethe, <https://en.odfoundation.eu/a/32928,oppositionist-therefore-extremist/>)?
68. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Inwiefern wird die Bundesregierung dem Beispiel der EU folgen und die Auszahlungen von Geldern an die äthiopische Regierung einfrieren (<https://taz.de/Kein-Zugang-fuer-Helfer-nach-Tigray/!5739559/>) bis ein freier humanitärer Zugang in die Region Tigray gewährt ist und eine unabhängige Untersuchung der während der kriegerischen Auseinandersetzungen im November und Dezember 2020 begangenen, schweren Menschenrechtsverletzungen in Tigray durchgeführt wird, und welche Informationen besitzt die Bundesregierung zur Rolle eritreischer Streitkräfte bei diesen Kampfhandlungen?
69. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den kurdischen Regionalbehörden in Nordostsyrien und der Bundesregierung bei der Rückholung der deutschen Anhänger*innen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS), die in, von kurdischen Sicherheitskräften kontrollierten, Lagern inhaftiert sind bzw. waren (siehe: www.dw.com/de/deutsche-is-r%C3%BCckkehrerin-am-flughafen-festgenommene/a-56001887), und sind noch weitere Rückholaktionen mit den kurdischen Regionalbehörden vereinbart (bitte so konkret wie möglich ausführen, inwieweit es einen Austausch mit den kurdischen Regionalbehörden gab)?

70. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung, die laut Medienberichten eine Aufnahme von Schutzsuchenden aus Lipa ablehnte (vgl. www.deutschlandfunk.de/bosnien-herzegowina-bundesregierung-plant-keine-aufnahme.1939.de.html?drn:news_id=1212713) über die konkrete Verwendung der von der EU-Kommission angekündigten Geldmittel (vgl. www.deutschlandfunk.de/bosnien-eu-will-zusaetzliche-3-5-millionen-euro-fuer.1939.de.html?drn:news_id=1212356), die die EU-Kommission nach dem Brand im Lager für Geflüchtete zugesagt hat, welches am 23. Dezember 2020 abbrannte, besonders vor dem Hintergrund, dass diese Personen, die sich in Lipa und anderen Grenzregionen von Kroatien befinden, häufig zuvor Opfer von gewaltvollen, die Menschen besonders traumatisierenden Pushbacks geworden sind (vgl. <https://taz.de/Missionschef-ueber-Fluechtlinge-in-Bosnien/!5740822/>), aufgrund derer sogar ein Ermittlungsverfahren durch die EU-Ombudsfrau eingeleitet wurde (vgl. www.ombudsman.europa.eu/en/news-document/en/134797), welches die Art und Weise, wie die Europäische Kommission die Einhaltung der Grundrechte durch die kroatischen Behörden im Rahmen von Grenzschutzmaßnahmen überwacht und sicherstellt, zum Gegenstand hat, und welche Vorstellung hat die Bundesregierung davon, wie menschenrechtliche Standards in weiteren Nachfolgelagern, die als Ersatz für das Lager Lipa etabliert werden sollen, in Zukunft umgesetzt werden sollen, wenn, wie im Fall Lipa, sogar die Mitarbeiter der Internationalen Organisation für Migration (IOM) das Lager verlassen haben, weil weder die Winterfestigkeit noch die Versorgung dort gewährleistet war (bitte die Vergabe der Mittel so konkret wie möglich aufschlüsseln)?

71. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kommt es im Zusammenhang mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen der EU nach Kenntnis der Bundesregierung zu einer Förderlücke in deutschen Regionen zu Beginn des Jahres 2021, in dem Sinne, dass es für einige Projekte durch eine noch ausstehende Implementierung der europäischen Strukturförderprogramme der neuen Förderperiode in Deutschland keine nahtlose Folgefinanzierung geben kann, und wenn ja, wie wird die Bundesregierung diese Förderlücke für betroffene Regionen abmildern bzw. schließen?

72. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass die für Januar/Februar 2021 geplante Inspektion des vor der jemenitischen Küste liegenden Öltankers FSO Safer durch die Vereinten Nationen (https://rp-online.de/panorama/ausland/jemen-vereinte-nationen-duerfen-oel-tanker-reparieren_aid-54846957) zu diesem Zeitpunkt angesichts bisheriger Verweigerung einer Inspektion durch die Houthis (www.theguardian.com/world/2019/jul/23/yemen-deserted-tanker-holding-over-1m-oil-barrels-explode) nun tatsächlich stattfinden wird, und in welcher Form wird die Bundesregierung die Inspektion bzw. Reparatur unterstützen?
73. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Erkennt die Bundesregierung Juan Guaidó weiterhin als Interimspräsidenten von Venezuela an, obwohl er nun nicht mehr „Präsident der Nationalversammlung“ ist, und beabsichtigt sie, wie auch die EU, „einen Dialogs- und Verhandlungsprozess“ zu unterstützen, der politische Gespräche „mit allen politischen Akteuren“, also auch der Regierung von Nicolás Maduro, beinhalten soll (www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/01/06/venezuela-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-on-the-situation/)?
74. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten für das Gesamtjahr 2020 machen (bitte auch nach Quartalen differenzieren und so darstellen wie zuletzt im Plenarprotokoll 19/139, Antwort des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Michael Roth, auf meine Mündliche Frage 5, das heißt, differenziert nach den unterschiedlichen beteiligten Behörden bzw. Bearbeitungsschritten darstellen und den letzten Stand der anhängigen Terminanfragen nennen), und inwieweit ist der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, dazu bereit, über eine Gesetzesvorlage zur Wiederherstellung des Rechts auf Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten oder zumindest eine Übertragung von infolge pandemiebedingter Einschränkungen nicht genutzter Monatskontingente auf Folgemonate nachzudenken, nachdem seine Einschätzung, bis zu 300.000 Angehörige subsidiär Schutzberechtigter könnten nach Deutschland kommen (www.sueddeutsche.de/politik/seehofer-familiennachzug-1.4239128), sich nach meiner Auffassung angesichts der bisherigen Zahl entsprechend erteilter Visa und noch ausstehender Terminanfragen (die in der Vergangenheit mehrfach nach unten korrigiert wurden) nicht einmal ansatzweise bestätigt hat (bitte begründen)?

75. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass der Vorschlag Russlands bezüglich des am 5. Februar 2021 auslaufenden New-Start-Vertrages, die Zahl aller und nicht nur der strategischen Atomwaffen ein Jahr lang einzufrieren (dpa vom 20. Oktober 2020), bedeutet, dass Russland bei den taktischen Atomwaffen seinen Vorteil aufgibt, der mit dem „Einfrieren“ der Sprengköpfe ausgeglichen würde, während gleichzeitig Vorteile der USA bei der Raketenabwehr, der Militarisierung des Weltraums und bei neuen Waffenarten in dem Abkommen außen vor bleiben (www.derstandard.de/story/2000121135373/letzte-chance-fuer-abruestungsvertrag-new-start), und sieht die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis in der Bereitschaft Russlands, die Zahl aller und nicht nur der strategischen Atomwaffen ein Jahr lang einzufrieren (dpa vom 20. Oktober 2020), ein über den geltenden New-Start-Vertrag hinausgehendes Entgegenkommen zur Rettung des letzten verbliebenen Rüstungskontrollabkommens zwischen den USA und Russland, wogegen es die USA darauf angelegt haben, eine Verlängerung an Bedingungen zu knüpfen, mit denen schon jetzt festgelegt würde, über welche Waffen und mit wem in Zukunft über nukleare Abrüstung verhandelt werden soll (www.ndr.de/nachrichten/info/sendungen/streitkraefte_und_strategien/New-START-Ruestungskontrollvertrag-ohne-Zukunft,streitkraefte628.html)?

76. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der am 10. Dezember 2020 vom Repräsentantenhaus der Republik Zypern einstimmig verabschiedeten Resolution, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, sich unverzüglich für den Abzug der Kampfpanzer vom Typ Leopard 2A4 aus dem von der Türkei völkerrechtswidrig besetzten Teil der Republik Zypern einzusetzen und ein vollständiges Exportembargo für Rüstungsgüter an die Türkei zu verhängen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der türkischen Erdgaserkundungen im Mittelmeer rund um Zypern, die die Republik Zypern als eigene ausschließliche Wirtschaftszone versteht, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegenüber der Türkei aus den ersten Schritten zur Besiedlung des Stadtteils Varosha an der Ostküste des EU-Mitglieds Zypern, vor dem Hintergrund, dass die Öffnung des Stadtteils nach einem Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages den Londoner Garantie-Vertrag sowie die betreffenden VN-Resolutionen verletzt und deshalb völkerrechtswidrig ist (WD 2 – 3000 – 096/20)?